



Junkerland in Genossenhand

Die DDR ist Geschichte, das einstige Volkseigentum in privaten Händen.
Doch auf dem Land hat sich das Modell der Produktionsgenossenschaft sozialistischer Bauart gehalten – eine Folge der 1945 in Gang gesetzten Bodenreform.

Text: Ingo Malcher Foto: Thomas Eugster

*Ställe und Hallen der Agrargemeinschaft Lübstorf (Foto oben und rechts oben)
Genossenschafts-Chef Rotermann in seinem Büro: „Die Kollektivierung war ein Mist, die LPG aufzugeben wäre auch Mist gewesen“ (Foto rechts unten)*



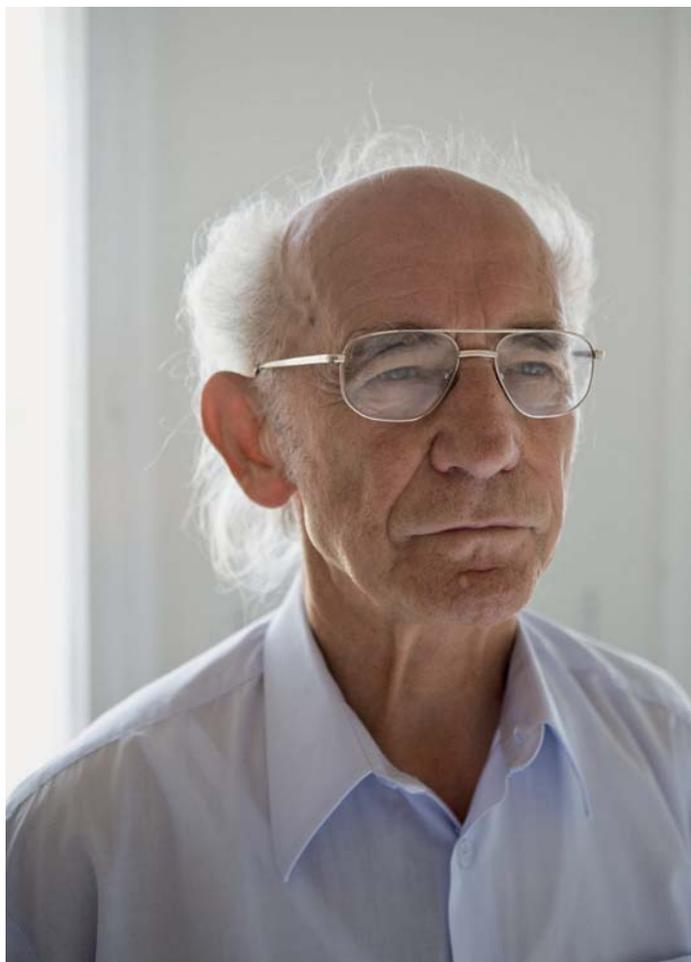
• Die Fahrt in die Marktwirtschaft trat Hans Rotermann mit zwei Kirowez 700 an. Kurz vor der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wollte niemand mehr auf dem Gebiet der DDR die Traktoren aus russischer Produktion kaufen, und die Händler schlugen sie zu Discounter-Preisen los. „52 000 Mark hat uns das Stück damals gekostet“, sagt Rotermann und klopft mit der Hand auf das gelbe Blech. „Die Reifen haben wir für 20 Mark das Stück gekauft. Ich wusste, so billig werden wir die nie wieder kriegen, denn das ist gute Technik.“

Doch es war mehr als nur die sozialistischen Produktionsmittel, was der Agraringenieur Rotermann aus der untergegangenen DDR in die Marktwirtschaft mitgenommen hat. Auch die sozialistische Produktionsweise hat er bewahrt. Hans Rotermann war von 1974 bis 1990 Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) „Vorwärts Lübstorf“. Seit 1990 ist er Vorsitzender der „Agrargemeinschaft Lübstorf“. Der Betrieb ist seit der Wende moderner geworden, aber die Arbeitsorganisation hat sich kaum verändert. Das liegt daran, dass die Genossenschaft für Marktwirtschaft und Sozialismus gleichermaßen geeignet ist: Rotermann bestellt große Flächen Ackerland und teilt die Arbeit unter den Angestellten auf. Jeder hat seine Abteilung, wie in einer Fabrik.

Die Agrargemeinschaft Lübstorf ist nicht die einzige, die sich von der DDR in die neue Zeit gerettet hat. Mehr als 1000 ehemalige LPG produzieren heute für den Markt wie einst für den Staat. Während die volkseigenen Betriebe der DDR privatisiert sind, blieben die DDR-Bodenreform und ihre Art, Landwirtschaft zu betreiben, der BRD erhalten. Die 1945 in der Sowjetzone eingeleitete Bodenreform und die spätere Kollektivierung ist unter Historikern umstritten. Für viele Landwirte entstand daraus jedoch eine ideale Form der Arbeitsorganisation. Und anders als viele Fabrikarbeiter identifiziert sich der Landwirt mit seinem Produkt: Bauer und Boden sind eben nicht voneinander zu trennen. So hatten die Landwirte in einer LPG auch im Sozialismus Besitz, den sie als den ihren ansahen.

Rotermann, 72, steuert seinen silberfarbenen Mercedes im Schritt-Tempo in einen Kuhstall. Er öffnet das Fenster ein wenig, weist mit dem Kopf in Richtung der Tiere, die gerade ihr Kraftfutter fressen. 530 Kühe hat die Agrargemeinschaft Lübstorf in mehreren Ställen stehen. Alle sechs Stunden gibt es Futter, am Abend wird gemolken. Zu DDR-Zeiten gab eine Kuh der LPG Vorwärts Lübstorf 4000 Liter Milch im Jahr. Eine Kuh aus der BRD ließ sich 5500 Liter abzapfen. Inzwischen liefern Rotermanns Kühe 9000 Liter Milch. „Das ist alles kein Problem“, sagt Rotermann. „Man muss nur wissenschaftliche Methoden anwenden, dann kann man das steuern.“

Wie schon zu DDR-Zeiten arbeiten in der Genossenschaft viele Spezialisten. Es gibt Traktoristen für die Maschinen, Melker für die Kühe und Agraringenieure, die den Anbau von Getreide und die Fütterung der Tiere leiten. „Wir haben viele Diplom-



„Die Bodenreform darf nicht rückgängig gemacht werden“: Hans Watzek

Landwirte und gute Technik. Damit sind wir vielen Betrieben im Westen überlegen“, sagt Rotermann. „Die 50-Hektar-Betriebe dort, das ist doch Selbstausbeutung.“

Er parkt den Mercedes auf seinem Hof Käterfelde bei Schweinin. Der Schäferhund kommt ihn begrüßen, eine graue Gans marschiert schnatternd über den Hof, an der Einfahrt grasen Pferde. Rotermann krault den Hund und schaut in den Himmel, als hoffte er, dass es an diesem heißen Juni-Tag bald regnet. Der drahtige Mann ist ein Landwirt wie aus dem Bilderbuch. Seine Hand ist rau, die Stimme tief, die Sprache deftig. „Der erste Mist, der gebaut wurde, war die Kollektivierung 1960, der zweite Mist wäre aber gewesen, wenn wir das 1990 wieder aufgegeben hätten“, sagt er. „Die LPG hat sich bewährt.“

Im Jahr 1960 hat er als junger Mann noch ganz anders geklungen. Sein Vater, dem damals der Nachbarhof gehörte, trat nur widerwillig in die LPG im Dorf ein. Schon 1916 hatte sein Großvater das Gut Brümmersaal gekauft, auf dem Rotermann geboren wurde. Nach der Gründung der DDR bewirtschaftete der Vater 50 Hektar Land. Als die Agitations-Brigaden übers Land zogen, um die Bauern für die LPG zu begeistern, flohen fast alle

seiner Nachbarn in den Westen, weil sie ihre bäuerliche Selbstständigkeit nicht aufgeben wollten. Rotermans Vater blieb. Aber es war nicht einfach für ihn.

„Man hatte damals keine andere Wahl“, sagt Rotermann. „In der Presse gab es täglich neue Meldungen: 70 Prozent sind schon kollektiviert, 80 Prozent sind schon kollektiviert, und wer nicht drin war, dem ging es schlecht. So bekamen wir immer weniger Kunstdünger. Irgendwann trat mein Vater dann ein.“ Zwar hatte der Vater nach wie vor einen rechtlichen Landtitel, die Felder blieben sein Eigentum. Nur frei darüber verfügen konnte er nicht mehr. Fortan bestimmte der LPG-Vorsitzende, was angebaut wurde, aber nicht nur der.

Das lernte Rotermann im Jahr 1974, als er selbst LPG-Vorsitzender wurde. „LPG Vorwärts Lübstorf“ hieß der Betrieb, den er fortan leitete. „Ich habe das gemacht, was ich heute auch mache: den Betrieb organisiert.“ Er hielt Milchvieh, baute Getreide an, führte die 35 Mitarbeiter, besorgte Ersatzteile. „Der Betrieb war damals ähnlich effizient wie heute“, sagt er. Und wären da nicht die Bürokraten gewesen, Rotermann wäre wohl ein sorgloser Mensch geblieben. „Diese ganzen Auflagen gingen mir auf die Nerven. So durften wir kein Stroh auf dem Acker liegen lassen, was Quatsch war, wir haben es gar nicht gebraucht, aber nein, wir mussten es einholen.“ Die Partei wusste alles besser.

„Es wurden Fehler gemacht“, räumt Hans Watzek ein. Der 75-Jährige war Agrarminister der DDR in der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow, von November 1989 bis April 1990. Heute ist er Mitglied der AG Agrarpolitik der Linkspartei und sitzt in einem engen Zimmer im Berliner Karl-Liebknecht-Haus. „Die Agrarpolitik der SED war ein Durcheinander. Es wurde viel herumgewirtschaftet, es gab zu viele Aktionen, zu wenig Stabilität.“ Doch auf die Arbeitsorganisation der LPG lässt Watzek nichts kommen. Die LPG industrialisierte die Landwirtschaft, in den Großbetrieben konnte Technik effizient eingesetzt werden, und die Arbeitsaufgaben wurden auf Spezialisten verteilt. „Durch diese Aufgabenverteilung konnten soziale Effekte mit bedacht werden. Ein Arbeiter in einer LPG konnte zum Beispiel Urlaub nehmen. Das konnte damals kein Bauer.“

War die Bodenreform Fluch oder Segen? Zeitzeugen streiten noch, Juristen nicht mehr

Dabei war das Genossenschaftswesen lange auch in der DDR umstritten. Erst auf der II. Parteikonferenz der SED im Jahr 1952 wurde die Einführung der LPG beschlossen. Die DDR hatte zu jener Zeit ein großes Problem: Die landwirtschaftlichen Betriebe waren zu klein. Während der Bodenreform 1945 wurde die großflächige Landwirtschaft in der Ostzone zerstört, doch 1952 entschloss sich die SED, ihre eigene Landwirtschaftsrevolution zu bändigen. Die Bodenreform in der sowjetischen Zone im Jahr 1945 hatte auf radikale Weise die Eigentumsverhältnisse in der

Ostzone verändert. Jeder, der damals mehr als 100 Hektar Land besaß, ein bekannter Nazi oder Kriegsverbrecher war, dem wurde es genommen. Unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ wurden die Ländereien unter Arbeitern und Flüchtlingen aufgeteilt. Höchstens zehn Hektar erhielten die Begünstigten damals.

Die Bodenreform von 1945 war aber nicht die alleinige Idee der russischen Besatzungsmacht. Schon im Potsdamer Abkommen verständigten sich 1945 die vier Siegermächte auf eine Bodenreform. Im Protokoll der Moskauer Außenministerkonferenz der Alliierten vom 12. April 1947 heißt es: „Bis Ende 1947 ist in Deutschland eine Bodenreform durchzuführen.“

Doch tatsächlich kam es nur in der Sowjetzone zu einer Veränderung der Besitzverhältnisse auf dem Land. Ziel war es, die Eigentumsstruktur zu verändern und die preußischen Junker zu entmachten. Viele von ihnen hatten als Gegner der Weimarer Republik gegen die Demokratie konspiriert und Adolf Hitler zum Aufstieg verholfen. Zusätzlich musste die Ostzone auch Raum für die Kriegsflüchtlinge schaffen, die ihre Heimat in den Ostgebieten verlassen mussten. 91 155 Vertriebene und Zwangsumgesiedelte erhielten durch die Bodenreform damals Land.

„Die Bodenreform, das bedeutete für uns Überleben“, sagt Inge Lüer, 73. Im Winter 1945 war sie mit ihren Schwestern und einigen Verwandten aus Kulm in Westpreußen geflohen. Ihre Eltern verließen den Hof erst später. 53 Tage lang zog ihr Treck Richtung Westen. Den Pferdewagen ihrer Familie steuerte das damals zehnjährige Mädchen selbst. Im verschneiten Winter ging es über Tuchel, Güstrow, Prenzlau, Hamburg, Kiel, Neubrandenburg bis nach Eckernförde. Erst Ostern 1945 traf sie ihre Eltern wieder, die eine andere Route genommen hatten.

Angesiedelt wurde die Familie in Dahlenwarsleben in Sachsen-Anhalt. Kurz nach ihrer Ankunft erhielt sie dort von der Bodenreformkommission fünf Hektar Land. Als der Vater 1948 verunglückte, bestellte Inge Lüer mit ihrer Mutter den Acker, die sozialistische Verwaltung bestimmte, was gesät werden durfte. Es gab Anbaupläne, an die sich die Lüers zu halten hatten; die Besatzungstruppen legten fest, wie viel sie von ihrer Ernte abgeben mussten. Im ersten Kommuniqué der Militärverwaltung nach der Ernte 1945 hieß es: „Zur Sicherstellung der Verpflegung der städtischen Bevölkerung und Unterhaltung der Besatzungstruppen der Roten Armee sind Sie verpflichtet, von Ihrer Saatfläche 1944/45 den Bereitstellungs-Organisationen die unten aufgezählten Mengen abzuliefern.“ Es folgten Zahlen, die für jeden Bauern je nach Grundstücksgröße und Bodenzahl einzeln berechnet wurden.

Das Leben war kompliziert und reglementiert. Weil die Lüers vier Pferde hatten, bekamen sie keine Kuh. Also tauschten sie zwei Pferde gegen eine Kuh – die aber nach acht Tagen notgeschlachtet werden musste. „Danach gab es Ziegenmilch“, sagt Inge Lüer und verzieht auch noch nach sechs Jahrzehnten das Gesicht. ▶



„Viele Besitzer waren mit Schuld belastet“: Zoltan Melzer



„Die Bodenreform bedeutete für uns Überleben“: Inge Lüer

Sie sitzt im Wohnzimmer von Zoltan Melzer, 80, einem Bekannten in Dannenwalde in Brandenburg. Es gibt Kaffee und Quarkschnitten, Limonade und Apfelkuchen. Nur 17 Kilometer von diesem Ort entfernt hat der damalige KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck 1945 in Kyritz im Kreiskulturhaus die Bodenreform ausgerufen. Es ging ihm darum, die „agrarkapitalistischen Kriegsverbrecher entschädigungslos zu enteignen“.

„Für uns war es die Rettung“, sagt Inge Lüer. Doch nicht alle am Kaffeetisch wollen zustimmen. Die Eltern von Fredy Wiersbitzky, 80, waren ebenfalls Bauern und erhielten damals zwei Hektar Wald. Er sagt: „Mich stört, wie das damals abgelaufen ist. Die Besitzer hatten nur 24 Stunden Zeit und wurden davongejagt.“ Das will Lüer so nicht stehen lassen: „Es gab aber auch Leute, die sich woanders angesiedelt haben.“ Wiersbitzky legt nach: „Alles geschah unter Zwang. Es ist nicht richtig, den Leuten was wegzunehmen.“ Da schaltet sich auch der Gastgeber ein: „Aber die Besitzer waren mit Schuld belastet. Die meisten von ihnen waren Träger hoher Auszeichnungen der Nazi-Partei.“

Zumindest auf juristischer Ebene wird über die Bodenreform nicht mehr gestritten. Am 30. Juni 2005 entschied der Europäi-

sche Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, dass die Enteignungen in der ehemals sowjetisch besetzten Zone rechtmäßig waren. Für die Alteigentümer ein harter Schlag: Sie hatten damit keinen Anspruch auf Entschädigung. Für Hans Watzek ein Grund zur Freude – als Minister hatte er an den Verhandlungen zur Wirtschafts- und Währungsunion beider deutscher Staaten teilgenommen.

An einem kühlen Wochenende Mitte Februar 1990 trafen sich die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR im Bonner Kanzlerbungalow. Watzek hatte eine kurze Rede vorbereitet und betonte, dass die Bodenreform nicht infrage gestellt werden dürfe. Zustimmung erfuhr er von unerwarteter Seite: „Dessen sind wir uns bewusst“, warf der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl spontan ein. In Anlage III des Einigungsvertrages heißt es dann auch: „Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945–1948) sind nicht mehr rückgängig zu machen.“ Damit konnten Tausende Bauern ihre Grundstücke behalten.

„Das hätte sonst ein Hauen und Stechen gegeben“, sagt Hans Watzek. „Es wäre nur noch ums Eigentum gegangen.“ Auch ist

fraglich, ob dann aus der LPG Vorwärts Lübstorf die Agrarge-meinschaft Lübstorf geworden wäre. Als am Donnerstag, dem 9. November 1989, die Mauer fiel, war Hans Rotermann gerade bei einer Dorfversammlung. Bei der Heimkehr erfuhr er: „Die Mauer ist weg.“ Am darauffolgenden Wochenende setzte er sich in sein Auto und fuhr nach Westen, nur zum Gucken. Später setzte er sich wieder in den Wagen. Dieses Mal wollte er nicht nur gucken, sondern auch wissen. Er besuchte Landwirte im Westen, bat sie um Rat, schaute sich ihre Betriebe an. Und immer wieder hörte er: „Ihr seid zu groß, das geht nicht.“

Die Geschichte lehrt: Auch Kühe mit mehreren Eigentümern werden gefüttert

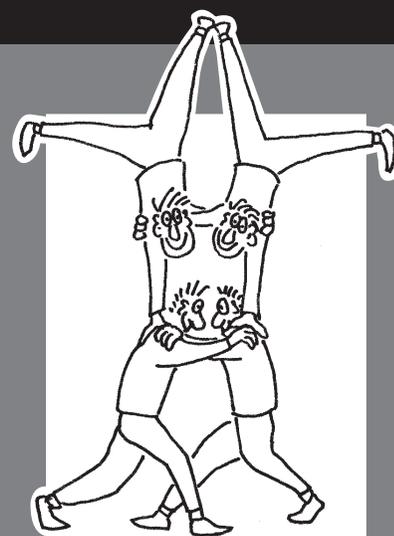
Die Skepsis war angebracht. Durch die Bodenreform und die starken Zerstörungen während des Krieges schaffte es die DDR erst Mitte der sechziger Jahre, bei der Agrarproduktion das Vorkriegs-niveau zu erreichen, was der BRD schon in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre gelungen war. Zwischen 1971 und 1978 musste sie sogar Getreide importieren. Die Fleischausfuhren verknapp-ten das Angebot für die eigene Bevölkerung; sogar Jungtiere wur-den exportiert, weil der Staat dringend Devisen brauchte. „Die DDR konnte jedoch fast zu jedem Zeitpunkt die Versorgung ihrer Bevölkerung mit allem außer Getreide sicherstellen“, sagt der Ex-Minister Watzek. Für Historiker zähle die Landwirtschaft der DDR nach der Kollektivierung zu den kaum erforschten Berei-chen, sagt André Steiner vom Potsdamer Zentrum für Zeithisto-rische Studien.

Trotz fehlender Informationen und trotz der Zweifel seiner Kollegen in Westdeutschland entschied sich Rotermann dafür, die LPG weiterzuführen. „Eine Kuh muss einem nicht gehören, um sie richtig zu füttern, auch wenn viele im Westen das glauben“, sagt er. Die Kuh gehört in der Genossenschaft allen Mitgliedern. Alle identifizieren sich mit ihrer Arbeit – egal, ob LPG oder Ge-nossenschaft nach bundesrepublikanischem Recht. Die LPG Vorwärts Lübstorf war Eigentum ihrer Mitglieder und blieb es auch nach der Wende. Im Januar 1990 wählten die Genossenschaftler zum ersten Mal in freien und geheimen Wahlen ihren Vorsitzen-den. Mit 95 Prozent der Stimmen machten sie den alten Vorstand Hans Rotermann zum neuen Vorstand.

Die erste Ernte im Jahr der Wiedervereinigung fiel sehr gut aus – und Rotermann bewies, dass er von Marktwirtschaft durchaus etwas verstand. Er ließ das Getreide unter einer Plastikplane auf dem Feld lagern und verkaufte es erst im Herbst, wodurch er einen sehr viel höheren Preis erzielte. „Seither haben wir selten eine Bank gebraucht“, behauptet er und hat damit seine LPG in die neue Zeit geführt: ein Unternehmen, das seit bald 20 Jahren effizient auch in der neuen Bundesrepublik arbeitet. „Die Kollektivierung war für einige sehr schmerzhaft, auch für meine Fami-lie. Aber ökonomisch war sie richtig.“ ■

Die Vollack-Methode

Die Zukunft bestimmt die Bauaufgabe.



Vollack Phase 0 : »Gedankengebäude«

Wir wollen Gleichgesinnten begegnen, die Bauabsichten hegen. Bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

dtsa design.de

vollack – mit 8 Standorten in Deutschland und Europa aktiv.

Vollack Unternehmensgruppe
Herrenstr. 30 • 76133 Karlsruhe
Tel. 0721-9132727
Fax 0721-9132750

vollack® 
consult+bau

www.vollack.de